Wilsdruffer Nachrichten

Tageszeitung für den Amtsgerichtsbezirk Wilsdruff

mit den Beilagen: Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Mußestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Der Bezugspreis einschließlich der Beilagen beträgt frei ins Haus monatlich Mk. 2.—, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich Mk. 2.—. Für unverlangt eingehende Manuskripte ist Rückporto beizufügen, andernfalls übernehmen wir keine Garantie. Verlag: Wilsdruffer Nachrichten, Wilsdruff i. Sa. Druck: Clemens Landgraf Nachfolger, Freital. Leitung der Redaktion: Wildbald Stolle, verantwortlich für den Textteil: Ernst Braun, beide in Freital, für Anzeigen: Albert Schlitter in Wilsdruff. Wir behalten uns das schriftstellerische Recht vor. Anzeigen aus den Wilsdruffer Nachrichten auch in anderen Zeitungen unseres Verlages abdrucken.

Der Anzeigenpreis beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Reklamen die viergespaltene Petitzeile 80 Pfg. Inseratenbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeigen fällig, bei verspäteter Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt bei verspäteter Zahlung, Klage oder Konkurs des Auftraggebers. Für Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, ebenso für die Richtigkeit von Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgegeben werden, wird keine Gewähr übernommen. Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streiks usw. besteht kein Anspruch auf Lieferung bezw. Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Lesegeldes. Erfüllungsort: Wilsdruff.

Hauptgeschäftsstelle: Wilsdruff
Dresdner Straße 62 - Fernsprecher: Nr. 446

57 — Sonnabend, den 20. Juni — 1925

Das Rheinlandproblem

Es gibt keinen rheinischen Protektoratsstaat!

Mit den offiziellen Feiern in Düsseldorf erreichten die Rheinlandkundgebungen ihren Höhepunkt. Im ganzen Reiche kommt die ungeheure Bedeutung, die man der Tausendjahrfeier namentlich in politischer Hinsicht beimißt, nicht nur in spontanen Demonstrationen der politischen Verbände, sondern auch gerade in der problematischen Beurteilung der ganzen Rheinlandfrage zum Ausdruck.

Ein Zufall will es, daß die rheinische Jahrtausendfeier gerade in eine Zeit des politischen Hochbetriebes, der entscheidungsschweren Erörterungen über Sicherheits- und Völkerbundsfragen hineinfällt.

Das Schicksal des Rheinlandes spielt bei diesen Erörterungen für Deutschland die Hauptrolle. Nachdem durch die Londoner Vereinbarungen die verwaltungsrechtliche und wirtschaftliche Freiheit des Reiches im besetzten Gebiet wieder hergestellt worden ist, richtet sich jetzt das Bemühen der deutschen Außenpolitik auf

die Zurückgewinnung auch der vollen politischen Souveränität,

die nicht etwa allein durch den Zustand der Besetzung, sondern auch durch die Auslegungsmöglichkeiten gewisser Bestimmungen des Versailler Vertrages und der Völkerbundsatzungen eingeschränkt ist. Bei früheren Erörterungen wurde vielfach auf englische Anregungen hin von einer Neutralisierung der Rheinlande gesprochen. Dabei wurde der Plan erörtert, das Rheinland in protektoratsähnlicher Form unter die Oberhoheit des Völkerbundes zu stellen. Nach den neueren Versionen über die Sicherheits- und Garantiefrage hat es den Anschein, als sei dieser Plan noch nicht völlig aufgegeben worden.

Es ist für die Reichsregierung eine Selbstverständlichkeit, daß solche Bestrebungen für Deutschland völlig unannehmbar sind und daß keine deutsche Regierung ihre Zustimmung zu einer Lösung geben kann, die die Hoheitsrechte Deutschlands über die Rheinlande zugunsten des Völkerbundes oder irgendeiner auswärtigen Macht auch nur teilweise preisgeben könnte.

Am schärfsten betont man deutscherseits die Ansprüche auf die Hoheitsrechte des Reiches in der Frage des Durchmarschrechtes, die bekanntlich bei den Genfer Erörterungen zwischen Chamberlain und Briand eine große Rolle gespielt hat. Die alliierten Mächte scheinen sich noch immer über die Bedeutung dieses Problems im unklaren zu sein.

Darum kann die Reichsregierung bei den bevorstehenden Verhandlungen absolut keinen Zweifel mehr daran lassen, daß Deutschland niemals fremden Truppen den Durchmarsch durch deutsches Gebiet zugestehen kann,

und daß alle Erwägungen hierüber auf eine falsche Auslegung der Vertragsbestimmungen beruhen. Die Souveränität des Deutschen Reiches über das Rheinland wäre in dem Augenblick aufgehoben, wenn etwa der französischen Regierung das Recht zugesprochen werden sollte, in einem Kriegsfall das Rheinland als Aufmarschgebiet gegen eine fremde Macht zu benutzen. Abgesehen hiervon würde das Reich die Rheinlande einem äußerst gefahrvollen Schicksale preisgeben, wenn es nicht angestrengt bemüht sein würde, in dieser Frage den Standpunkt Deutschlands unverändert durchzusetzen. Man ist sich also in allen Punkten der großen politischen Bedeutung der Rheinlandfrage bewußt, die in den nächsten Wochen alle politischen Erörterungen beherrschen wird.

Die chinesischen Wirren

Generalstreikbeschluß in Kanton

Eine chinesische Massenversammlung beschloß den Generalstreik und sprach sich auch für den Boykott britischer und japanischer Waren aus. Das Datum des Streikbeginnes ist noch unbekannt. Doch wird erwartet, daß der Streik am 20. oder 22. Juni ausbrechen wird.

*

Vor einer Mobilisierung der britischen Freiwilligen

Reuter meldet aus Hongkong: Die britischen Freiwilligen wurden benachrichtigt, daß angesichts der bedrohlichen Lage eine baldige Mobilisierung zu erwarten sei. Eine Bande von Chinesen bemächtigte sich eines englischen Handelsdampfers, der zwischen Hongkon und Macao verkehrte. Der Streik hat sich auf die Mannschaft der britischen Küstendampfer ausgedehnt.

*

Verschärfter Boykott

„Daily Mail" meldet aus Schanghai, daß die chinesischen Handelsvereinigungen beschlossen hätten, daß der Boykott gegen britische und japanische Waren noch energischer fortgesetzt werde. In der Lage des Schiffahrts- und des industriellen Streiks ist keine Veränderung eingetreten.

*

Japans Haltung

„Daily Mail" meldet aus Toko: Die Kositai-Partei hat die Regierung ersucht, ihre abwartende Haltung gegenüber der Lage in China aufzugeben und mit Waffengewalt einzugreifen, um die Wiederherstellung der Ordnung herbeizuführen. Der Berichterstatter fügt aber hinzu, es sei wenig wahrscheinlich, daß die Regierung ihre bisherige Haltung aufgeben werde.

*

Weder fremdenfeindlich noch kommunistisch!

Der Leiter des chinesischen Pressebüros in Paris hat an den „Oeuvre" ein Schreiben gerichtet, in dem erklärt wird, daß die gegenwärtige Bewegung in China weder fremdenfeindlich noch kommunistisch sei. Es sei lediglich eine Bewegung nationaler Entrüstung, hervorgerufen, wie es heißt, durch die britischen Mordtaten vom 30. Mai 1925.

Die Mitteilung eines berufenen Vertreters Chinas deckt sich vollkommen mit unserer im Leitartikel am 16. Juni wiedergegebenen Ansicht über die Unruhen in China.

Die Jahrtausendfeier in Köln

Die Stadt Köln beging Freitag die Jahrtausendfeier der Rheinlande durch einen offiziellen Festakt in der großen Halle im Rheinpark. Unter den Ehrengästen bemerkte man u. a. den preußischen Ministerpräsidenten Braun, die Reichsminister Brauns und Dr. Frenken, die preußischen Minister Dr. Schreiber, Dr. Becker, Steiger, Hirtsiefer und Dr. Hüpker-Aschoff. Die Festrede hielt Oberstudienrat Dr. Maier vom Schiller-Gymnasium Köln-Ehrenfeld. Seine Rede gipfelte in den Worten: Wir dürfen es wagen, diese 1000jährige Vergangenheit als ein Erbe und ein Vermächtnis zu betrachten, daß unserer Treue übergeben und für unsere Kinder und unsere Enkel bestimmt ist. Musikalische Darbietungen umrahmten die Feier.

Ein deutsches Grab des „unbekannten Soldaten"

In der Begrüßungsrede, die Oberbürgermeister Dr. Adenauer aus Anlaß der Jahrtausendfeier der Stadt Köln bei dem Festbankett in Gürzenich hielt, regte er u. a. an, auch in Deutschland das Grab des unbekannten Soldaten zu schaffen, welches an den Rhein und an den Kölner Dom gehöre. Nach Dr. Adenauer ergriff im Namen der deutschen Reichsregierung der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Frenken das Wort. Seine Rede klang in den Worten aus: Nicht rasten und nicht ruhen, bis das Rheinland frei ist. Reich und Rheinland, Reich und Köln, nie werde der Bund vergessen. Zum Schluß entbot Kultusminister Becker die Grüße der deutschen Staatsregierung.

Painlevé unter dem Damoklesschwert

Die Interpellation des radikalen Abgeordneten Berthod, die Ministerpräsident Painleve gestern in der Kammer beantworten sollte, ist nicht zur Verhandlung gekommen, da der Vorsitzende der radikalen Partei, Cazals, im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten verlangte, sie auf die Tagesordnung der Dienstagssitzung zu setzen. Hierauf hat der kommunistische Abg. Doriot eine neue Interpellation eingebracht, in der er fordert, die Regierung möge sich äußern, ob das Gerücht wahr sei, daß Abd el Krim durch Vermittelung von England und Italien Friedensvorschläge unterbreitet habe. Briand forderte von der Kammer, die Besprechung der Interpellation zu vertagen. Mit 525 gegen 32 Stimmen wurde die Vertagung ausgesprochen, worauf die Kammer die Sitzung auf kommenden Dienstag vertagte.

Der Anfang neuer Verhandlungen

Der französische Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat am Freitag nachmittag eine Sitzung abgehalten, in deren Verlauf Außenminister Briand über die Fragen der in der Entwaffnungsnote aufgeführten Verfehlungen Deutschlands und über die Fragen des Sicherheitspaktes sich aussprach. Briand hob hervor, daß man erst am Anfang neuer Verhandlungen stehe, daß man jedoch schon nennenswerte Fortschritte erzielt habe. Jetzt müsse man die Antwort Deutschlands abwarten.

Neue Betriebseinschränkungen bei Krupp

Wie von der Firma Krupp mitgeteilt wird, beabsichtigt diese, nachdem sie sich bereits vor einiger Zeit gezwungen sah, zwei Maschinenbauwerkstätten, den Tender- und Signalbau, wegen ihrer Unrentabilität stillzulegen, weitere zwei Kleinbahn- und eine der vier Feldbahnwerkstätten zu schließen. Die allgemeine Absatzkrise und die schlechten Verkaufspreise, sowie die auf die Lohnerhöhungen im Baugewerbe sich stützenden Lohnforderungen der Metallarbeiter dürften zur Beschleunigung dieser weiteren Abbaumaßnahmen beigetragen haben.

Der ungarische Ministerpräsident erkrankt

Aus Budapest wird gemeldet: Ministerpräsident Graf Bethlen erkrankte an einer Blinddarmentzündung. Die Aerzte ordneten sofortige Ueberführung in ein Sanatorium zwecks Vornahme einer Operation an. Im Laufe der Nacht wurde die Operation ausgeführt, die sehr günstig verlief. Man rechnet mit einem normalen Verlauf der Krankheit.

Die französische Sicherheitsnote

Die Veröffentlichung der französischen Note über die Sicherheitsfrage hat mit einem Schlage die Aufmerksamkeit aller politischen Kreise auf die bevorstehenden außenpolitischen Entscheidungen gelenkt, sodaß jetzt andere Probleme in den Hintergrund treten müssen, bis es gelungen ist, einen klar formulierten Standpunkt Deutschlands zu der Stellungnahme der alliierten Regierungen bekanntzugeben. Die Vermutung, wonach Frankreich zwar im Namen aller alliierten Regierungen spricht, aber keinerlei Blankovollmacht hinsichtlich der Festlegung der anderen Mächte erhalten hat, findet durch die französische Note ihre volle Bestätigung. Immerhin kann man beobachten, daß sich die Gegenseite die erdenklichste Mühe gegeben hat, eine sachliche Diskussion über die Sicherheitsfrage zu ermöglichen. Es liegt also nur noch an der Interpretierung der entscheidenden Stellen des französischen Dokuments, um die Voraussetzungen für eine gemeinsame Verhandlungsgrundlage zwischen Deutschland und den Alliierten zu schaffen.

In den Kreisen der Reichsregierung läßt man durchblicken, daß es absolut keinen Zweck habe, im gegenwärtigen Stadium der Dinge das Reichskabinett zu irgendwelcher Stellungnahme zu drängen. Sowohl der Empfang der Parteiführer als auch die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses im Reichstage müssen dem Reichskanzler und dem Außenminister vorbehalten bleiben, denn es gehe nicht an, die notwendig gewordenen Vorbereitungsmaßnahmen der verantwortungsvollen Staatsmänner durch eine voreilige Stellungnahme der parlamentarischen oder der politischen Kreise zu stören.

Die deutsche Diplomatie wird bemüht sein müssen, diejenigen Punkte der französischen Note klarzustellen, die sich nicht mit den Gedankengängen vereinbaren lassen, die man im deutschen Memorandum vom 9. Februar entwickelt hat.

Auf der anderen Seite steht es schon fest, daß in einer wichtigen Frage schon jetzt Uebereinstimmung zwischen Deutschland und den alliierten Regierungen besteht, und somit zweifellos gute Grundlagen für die weiteren Verhandlungen gefunden werden könnten. Die deutsche Regierung hat nämlich, wie aus den Grundzügen des Memorandums vom 9. Februar hervorgeht, den ursprünglichen Cuno'schen Sicherheitsvorschlag dahin abgeändert, daß der Friedenspakt nicht auf die Dauer von 30 Jahren, sondern auf unbegrenzte Zeit abgeschlossen werden soll. Selbstverständlich müssen dementsprechend die Garantien, die sich die vertragschließenden Mächte gegenseitig geben, auf ein festes Fundament gestützt werden, damit sich eine möglichst lange Zeitdauer für die Gültigkeit der Abmachungen erreichen läßt. Wenn die alliierten Regierungen, wie die französische Note betont, die Voraussetzungen aufstellen, daß Deutschland dem Völkerbunde unter den im Schreiben des Völkerbundsrats vom 13. März angegebenen Bedingungen beitritt, so mutet man dem Deutschen Reiche eine Verpflichtung zu, die es nur unter Sicherstellung einer ganzen Reihe von wichtigen Fragen übernehmen kann. Hierbei taucht vor allem das Problem der Schiedsverträge auf, das in den Vordergrund tritt, und das sich namentlich bei der Erörterung der Ostgrenzen in nachdrücklichster Weise geltend machen wird. In ihrer Note spricht die französische Regierung davon, daß für

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF